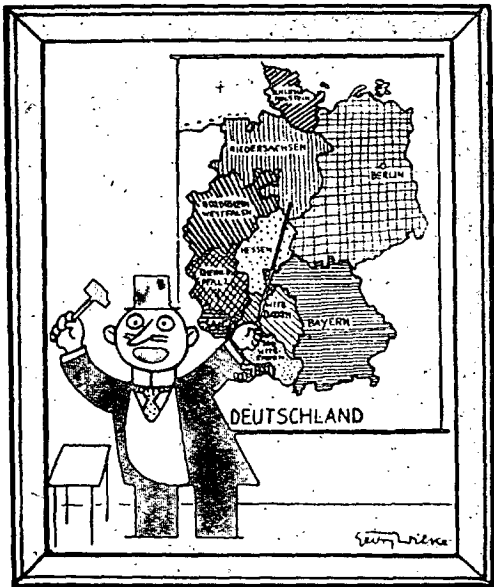


P A N O R A M A

Bevin schrieb einen Brief. Der Empfänger war Joseph Stalin in Moskau. Stalin schrieb zurück. Das Thema beider Briefe waren Bündnisprobleme. Englands Außenminister fühlte sich mißverstanden. Nach seiner Meinung hatte die Moskauer Zeitung „Prawda“ ihm durch falsch zitierte Redewendungen falsche Absichten unter-schoben. Die „Prawda“ hatte Bevin sprechen lassen: „Großbritannien ist an niemanden gebunden. Es sei denn auf Grund seiner Verpflichtungen gemäß den Satzungen der UNO.“ Stalin erklärte sich durch diesen Ausspruch „einigermaßen überrascht“. Bevin wies darauf hin, daß der Satz willkürlich aus dem Zusammen-hang gerissen sei. Der Briefwechsel endete in versöhnlichem Tone. Allerdings meinte der Chef des Kreml, vor einer Verlängerung des ursprünglich auf 25 Jahre befristeten britisch-russischen Bündnisver-trages müßten erst noch einige Aenderun-gen eingefügt werden.

Die Frage der Bündnisse wurde damit wieder aktuell. In jüngster Zeit hatten Frankreich und England darauf hinielende Beprechungen. In der Zahl der Verträge steht die Sowjetunion an der Spitze. Groß-britannien, Frankreich, Jugoslawien, die Tschechoslowakei und Polen sind ihre Partner. Das Bündnis England-Rußland sieht Wirksamkeit nur im Falle eines deut-schen Angriffes oder eines Angriffes der ehemaligen europäischen Verbündeten Deutschlands auf England oder Rußland



„Frischer Wind“, Berlin

Der Auktionator:

„Deutschland zum ersten, zum zweiten . . .!“

vor. Nach englischer Meinung ist es ledig-lich defensiv. Die Bündnisse Rußlands mit den anderen Staaten lassen dagegen auch die Möglichkeit von Präventivkriegen offen.

Ein zukünftiges Dreierbündnis Sowjet-rußland, Großbritannien und Frankreich wird in Europas Hauptstädten diskutiert. Von Frankreich wurde dazu mitgeteilt, daß „bis jetzt kein russischer Schritt in dieser Angelegenheit unternommen wurde, obwohl man nicht weiß, was die Zukunft

bringt“. Bereits bei dem französisch-russi-schen Bündnisvertrag im Dezember 1944 hatte Stalin dem damaligen französischen Regierungschef de Gaulle eine Hinzuziehung Großbritanniens vorgeschlagen. De Gaulle hatte seinerzeit diese Anregung abgelehnt.

Der Kern, um den sich diese Bündnis-politik dreht, ist Deutschland. Besser ge-sagt, ein zukünftiges Deutschland. Vorerst indirekt, aber ganz klar zeigt sich damit wieder, daß ein politisch stabiler euro-päischer Raum ohne Einordnung Deutsch-lands nicht gut möglich ist. Die Interessen der Nachbarstaaten Deutschlands sind die gleichen. Die Befürchtungen sind eben-falls die gleichen. Auf dieser Gleichheit der Einstellung wird die Planung des zu-künftigen deutschen Schicksals beruhen.

Formale Unterschiede sind noch in gro-ßer Zahl vorhanden. Der Ruf nach Sicher-heit ist allgemein. Am lautesten aber in Frankreich. Wie diese Sicherheit vor oder gegen Deutschland hergestellt werden soll, ist noch nicht klar. Die Franzosen schlagen einen deutschen Bundesstaat vor, dessen einzelne Länder eigene außenpolitische Vertretungen haben sollen. Sie sollen sich aber nicht zu größeren Länderverbänden zusammenschließen dürfen.

Ein Zug der Zeit scheint der Wunsch nach internationalen Zusammenschlüssen zu sein. Bündnisse stellen in diesem Sinn eine veraltete diplomatische Form dar. Auch die USA sind an einer größeren europäischen Vereinigung interessiert. Füh-rende amerikanische Politiker sprachen sich in der letzten Zeit für dieses Ziel aus. Präsident Truman hat aus seiner Neigung für eine europäische Union nie ein Ge-heimnis gemacht.

Scharfe Ablehnung erfahren derartige Ansichten nach wie vor in Moskau. Ruß-lands Regierungszeitung „Iswestija“ nimmt vor allem gegen Churchills Pan-Europa-Komitee Stellung. Die Russen sagen: „Die Schaffung eines Blocks europäischer Staa-ten, gleichgültig unter welcher Farbe, würde den Interessen der Welt nicht dien-en und sich mit den Grundsätzen inter-nationaler Zusammenarbeit nicht vereinen lassen. Es ist charakteristisch, daß auch Deutschland einen Platz in den vorgeschla-genen Vereinigten Staaten von Europa erhalten soll. Abgesehen davon, daß die Idee grundsätzlich reaktionär ist, trägt sie auch Elemente einer Wiedergeburt des deutschen Imperialismus in sich.“

Der tatsächliche Weg der politischen Beziehungen geht über Konferenzen. Zur Zeit tagen die stellvertretenden Außen-minister in London, und im März werden sich die Außenminister in Moskau treffen. Bereits jetzt haben sich in London wider-strebende Auffassungen der verhandelnden Parteien gezeigt. Dabei hat die Stellung Oesterreichs im ganzen gesehen noch am meisten allgemeine Anerkennung gefunden. Oesterreich, das den Vorteil hat, eigene Vertreter sprechen lassen zu können, wird als souveräner Staat behandelt werden. Oesterreich möchte, wie sein Außenmini-ster Dr. Gruber betonte, die Grenzen aus dem Jahre 1937 wiederhaben und eine wirkliche Unabhängigkeit. Dr. Gruber be-tonte weiterhin, daß Oesterreich keinen



„Tägliche Rundschau“, Berlin

„Mach auf, Liebste, ich bin's!“

Wert darauf legt, zu dem zukünftigen deutschen Friedensvertrag Stellung zu nehmen.

Die deutsche Zukunft kann nach den Ausführungen der verhandelnden Par-teien noch als absolut unklar betrachtet werden. Dabei sind nicht so sehr die Höhe und der Umfang der Forderungen an Deutschland strittig, als die politische Form eines zukünftigen deutschen Staates im europäischen Gesamtbild. In diesem Sinne ist die Stellungnahme Australiens bemerkenswert. Der australische Vertreter schlug ein Zwischenabkommen vor, das dem deutschen Volk auferlegt und von allen Mächten unterzeichnet werden soll, die aktiv am Kriege gegen Deutschland teilnahmen. Nach seiner Ansicht sind die Deutschen gegenwärtig nicht imstande, sich selbst zu regieren. Jede deutsche Regie-rung, die einen Friedensvertrag unter-zeichnen müßte, bevor die Zeit reif ist, würde beim deutschen Volk ihr Ansehen verlieren.

Das Zwischenabkommen soll eine Er-weiterung des Potsdamer Vertrages sein und eine Politik auf lange Sicht enthalten. Sollte dieser Vorschlag durchgehen, so könnte damit ein alter politischer Fehler vermieden werden: eine Nation vor voll-endete Tatsache zu stellen, ohne die Mög-lichkeit späterer zeitbedingter Aenderun-gen zu gewährleisten.

Elastische Richtlinien wurden für die Londoner und Moskauer Konferenz auch von Südafrika gefordert. Die südafri-kanische Regierung beruft sich dabei auf die geographische Lage Deutschlands. Sie bezeichnet die Erholung der deutschen Wirtschaft als unerläßliche Voraussetzung für den Wiederaufbau Europas. Ob die australischen und südafrikanischen An-sichten genug Gewicht in den letzten Entscheidungen haben werden, steht da-hin. Bemerkenswert bleibt auf jeden Fall die Großzügigkeit, mit der diese Län-der an europäische Fragen herangehen — ein Begriff, der in der europäischen Poli-tik selbst bisher kaum verwandt wurde. Großzügigkeit galt oft als Schwäche. Sie war auf keinen Fall Europas Stärke. Die geschichtliche Entwicklung hat darüber hinaus bewiesen, daß der Mangel groß-zügigen Denkens ein häufig wiederholter europäischer Fehler war.